

Frauen kämpfen für Gleichheit: CDU unter Druck vor Wahlen!

Wandsbek: Aktionen und Forderungen zur Frauenrechte im Vorfeld der Bundestagswahlen 2025. Diskussion über Gleichstellung und Gewaltprävention.



Wandsbek, Deutschland - Am 16. Januar 2025 fand eine Aktion statt, die darauf abzielte, vor den Bundestagswahlen ein Zeichen zu setzen. Organisiert von Aktivistinnen, beinhaltete die Aktion scharfe Kritik an bürgerlichen Parteien, insbesondere der CDU, für deren frauenfeindliche Positionen. Die CDU, die gegenwärtig hohe Umfragewerte genießt, wird vorgeworfen, Lohnarbeit als „sinnstiftend und schafft Wohlstand“ darzustellen, während sich viele Frauen in Deutschland mit der Realität der Altersarmut konfrontiert sehen, trotz lebenslanger Erwerbsarbeit.

Die Diskrepanz im Einkommen zwischen Männern und Frauen ist deutlich. Viele Frauen müssen mit einem geringen Einkommen

auskommen unter harten Arbeitsbedingungen. Die CDU hat in ihren zukünftigen Planungen angeordnet, dass Teilzeit arbeitende Frauen in Vollzeit arbeiten sollen. Diese Partei fördert das traditionelle Familienmodell und sieht die Ehe als Teil der deutschen Leitkultur. Kritiker argumentieren, dass die Ehe häufig zu finanzieller Abhängigkeit und Gewalt gegen Frauen führt. Daher wird eine Abschaffung der bürgerlichen Kleinfamilie sowie eine Kollektivierung der Hausarbeit gefordert.

Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen

Berichten zufolge kontrolliert die CDU den weiblichen Körper und die Selbstbestimmung der Frauen, kritisiert wird auch der umstrittene Paragraf 218, der Abtreibungen kriminalisiert. Des Weiteren wird die CDU als heuchlerisch in ihrem Engagement gegen Gewalt an Frauen wahrgenommen, obwohl im Jahr 2023 täglich eine Frau in Deutschland ermordet wurde. Die Bewegung fordert mehr als nur vage Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, denn die Gewalt hat in Krisenzeiten und unter rechtlichem Druck zugenommen.

Die CDU wird zunehmend nach rechts driftend wahrgenommen, während eine Doppeldeutigkeit in ihrer Außenpolitik zwischen dem Schutz von Frauen und dem Umgang mit Waffenlieferungen besteht. Sie wird als kapitalistische Partei beschrieben, die Frauen unterdrückt und ausbeutet. In diesem Kontext rufen die Aktivistinnen zur Organisation und zum Kampf für eine befreite Gesellschaft und Sozialismus auf, um echte Gleichstellung zu erreichen.

Die Ausgangspunkte der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren, die mit Aktionen gegen das Abtreibungsverbot des § 218 verbunden waren, werden ebenfalls erwähnt. Ziel dieser Bewegungen war die Gleichberechtigung in Beruf und Gesellschaft. Die feministische Gegenkultur stellte sich der patriarchalen Gesellschaft entgegen und der Slogan „Das Private ist politisch“ wurde zentral für die damaligen sowie gegenwärtigen Anliegen. Wie **NDR** berichtet, gab es damals

sowohl Massendemonstrationen als auch Aufrufe, die Forderungen nach Gleichstellung und Selbstbestimmung voranzutreiben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wandsbek, Deutschland
Quellen	• de.indymedia.org • www.ndr.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de